https://mail.gen-ethisches-netzwerk.de/node/1228

Gen-ethischer Informationsdienst

Ein Königreich für Saatgutkonzerne

In Spanien ist der Anbau von transgenem Mais kaum reguliert

AutorIn
Inge Wenzl

Spanien ist der größte Produzent von gentechnisch verändertem Mais in Europa. Aber es gibt dort kein detailliertes Standortregister und nur einen minimalen Sicherheitsabstand zu konventionellen und ökologisch bewirtschafteten Feldern.

Beim Anbau gentechnisch veränderter (gv) Pflanzen nimmt Spanien innerhalb der Europäischen Union eine Vorreiterrolle ein. Das spanische Umweltministerium, das inzwischen mit dem Landwirtschafts- und dem Industrieministerium zu einer Mega-Behörde fusioniert wurde, bezifferte die Anbaufläche von gentechnisch verändertem Mais für das Jahr 2007 auf rund 75.000 Hektar. Dabei stützt sich diese Zahl - so kritisiert der Gentechnik-Experte von Greenpeace Spanien, Juan-Felipe Carrasco - einzig auf die Saatgut-Verkaufszahlen der multinationalen Konzerne. Nicht einberechnet seien zudem die Probepackungen mit genmanipulierten Maiskörnern, die Monsanto spanischen Bauern zu schenken pflegt. Auch fehlten in der Statistik der Regierung die Versuchsfelder. Denn auch in dieser Art des Anbaus liegt das Mittelmeerland im europäischen Vergleich ganz vorn. „Die wahren Zahlen, wieviel GVO [gentechnisch veränderte Organismen] in Spanien angebaut werden, kennt niemand“, so Carrasco. „Aber sie liegen deutlich über denen der Regierung.“ Angebaut wird in Spanien der gentechnisch veränderte Mais MON810 der Firma Monsanto, die einzige in der EU erlaubte transgene Pflanze. Der Mais bildet ein insektengiftiges Protein, das ursprünglich aus dem bodenlebenden Bakterium Bacillus thuringiensis stammt, weshalb er auch Bt-Mais genannt wird.

Moratorien in anderen Ländern

In Zeiten, wo immer mehr EU-Staaten, wie Polen, Österreich, Rumänien oder Frankreich, ein Moratorium für die Aussaat des MON810 verhängen, geben sich spanische Politiker unverzagt. Und trotz eines weit verbreiteten Unbehagens innerhalb der Bevölkerung wegen möglicher gesundheitlicher aber auch ökologischer Risiken durch den Anbau sind die Bedingungen für die Landwirte, die gv-Pflanzen anbauen, so gut wie nirgendwo in Europa. So gibt es - anders als es die EU rechtlich festgelegt hat - kein öffentliches frei zugängliches Standortregister, in dem der genaue Ort der kommerziellen Felder mit gentechnisch verändertem Mais und die Versuchsflächen mit transgenen Pflanzen eingetragen wären. So wissen konventionell wirtschaftende Landwirte oder Ökobauern oft gar nicht, dass direkt neben ihren Feldern gv-Mais angebaut wird. Auch gibt es keine Regelung für einen Mindestabstand zwischen Feldern mit GVO und konventionell bewirtschafteten Feldern. Ein königliches Dekret zur Koexistenz wurde in der Vergangenheit ein ums andere Mal verschoben. Geplant war darin zuerst ein Abstand von 50, später von 220 Metern.

Gering ausgeprägtes Umweltbewusstsein in Gesellschaft und Politik

Dass die Situtation in Spanien so ist wie sie ist, hat verschiedene Gründe. Umweltgruppen kritisieren die personellen Verquickungen zwischen Regierung und Industrie. So stand die Ministerin für Wissenschaft und Erneuerung, Cristina Garmendia, bis vor wenigen Wochen noch der Spanischen Vereinigung für Biotechnologie (Asebio) vor. Auch zeichnet sich die Neuauflage der sozialisti-schen Regierung durch ein hohes Maß an Technologie- und Fortschrittsgläubigkeit aus. Hinzu kommt ein sehr gering ausgeprägtes Umweltbewusstsein in Gesellschaft und Politik. Egal ob es darum geht, die Küste mit gesichts-losen Hotelkomplexen und Ferienwohnungen zu verschandeln oder Flüsse und Grundwasserreserven bis zum letzten Tropfen auszubeuten, um in wüstenähnlichen Landstrichen über Quadratkilometer Tomaten oder Orangen anzubauen: Stets steht das Geld im Vordergrund, während umweltpolitische Bedenken ausgeblendet werden. Schlussendlich spielt auch das fahrlässige Handeln von Politikern und Bauern eine nicht unwesentliche Rolle: Obwohl eine genetische Verunreinigung nirgendwo auszuschließen ist, liegt die Rate eines Gentransfers in Spanien besonders hoch.

Gentechnische Verunreinigung trotz Vorsichtsmaßnahmen

Katalonien und Aragón sind die beiden autonomen Regionen, wo am meisten gv-Mais angebaut wird. Mit 35.800 Hektar machte der Bt-Mais in Aragón 2007 fast die Hälfte des in ganz Spanien angebauten Genmais aus. Innerhalb der Region stellten die genveränderten Sorten knapp 40 Prozent des dort angebauten Mais. Tatsächlich ist die Fläche mit gv-Mais nicht mehr zu beziffern, denn eine Koexistenz ist nicht möglich: Nach Angaben des Aragonesischen Komitees für Ökologische Landwirtschaft (CAAE) waren im letzten Jahr in Aragón 75 Prozent der untersuchten Mais-Proben aus ökologischem Anbau gentechnisch verseucht. Das ist umso bedenklicher, als die Biobauern vor Ort bereits heute besondere Vorsichtsmaßnahmen treffen, um eine solche Verunreinigung zu verhindern. So säen einige von ihnen bis zu eineinhalb Monate nach der optimalen Saatzeit aus, damit die Blütezeiten ihrer Pflanzen nicht mit denen ihrer Nachbarn zusammenfallen, die gentechnisch veränderten Mais anbauen. Dabei nehmen sie beträchtliche Einkommenseinbußen in Kauf, denn für den Mais ist es eigentlich zu diesem Zeitpunkt schon zu heiß. Außerdem ist er so anfälliger für den Maiszünsler, da seine Pflänzchen noch zarter und damit leichter zu durchdringen sind. Das hat zur Folge, dass die Erträge deutlich unter denen liegen, die die Bauern gewöhnlich erzielen. Neben Pollenflug und Bienen sind es auch die Menschen, die konventionelle und ökologische Felder - teilweise auch unbewusst - verunreinigen. Viele landwirtschaftlichen Betriebe besitzen keine eigenen Erntemaschinen. Die mit der Ernte betrauten Unternehmen wissen im Allgemeinen nicht, ob es sich bei dem Feld, das sie mähen, um eines mit transgenem Mais oder ein anderes handelt. Aus Kostengründen werden die Maschinen nicht nach jeder Ernte gereinigt - so wird das gentechnisch veränderte Material verbreitet. Juan-Felipe Carrasco kritisiert außerdem, später werde konventioneller und gentechnisch veränderter Mais von den Futtermittelkonzernen mutwillig gemischt. „So soll verhindert werden, dass es zwei Märkte gibt. Das stört die Industrie, es beschert ihnen in Logistik und Transport höhere Kosten“, erklärt Carrasco.

Ökobauern geben Maisanbau auf

Aus lauter Frust entscheiden sich immer mehr spanische Ökobauern, auf den Maisanbau zu verzichten. Einer von ihnen ist Félix Ballarín aus Huesca, dem Katalonien zugewandten Teil Aragoniens. Im Jahr 2007 hatte er noch auf 7,7 Hektar ökologischen Mais angebaut. Er hatte extra spät ausgesät und dafür eine Sorte mit kurzer Wachstumsphase gewählt. Diese hatte außerdem den Vorteil, dass sie trocken geerntet wird und Ballarín so ausschließen konnte, dass sein Mais im Trockenraum mit Resten von gentechnisch verändertem Mais vermengt würde. Dennoch kam es zu einem Gentransfer zwischen Bt-Mais und seinen Pflanzen. „Ich habe keine Lust mehr. Dieses Jahr säe ich keinen Mais mehr“, macht sich Ballarín in einem Statement für die aktuelle Greenpeace-Studie „Die Koexistenz ist immer noch unmöglich“ Luft. „Der Mais aus Aragón ist im Verschwinden begriffen, dabei hat unsere Region ein Potential an ökologisch angebautem Mais von Tausenden von Hektar.“ Tatsächlich schrumpfte die Anbaufläche von Biomais in Aragón nach derartigen

Erfahrungen von 102 Hektar im Jahre 2006 auf 42 Hektar 2007. „Eine Wahlfreiheit gibt es nur, wenn eine Koexistenz möglich ist. Das aber ist nicht der Fall“, fasst der Vorsitzende des CAAE die Situation der Bauern zusammen.

Initiativen gegen Anbau transgener Pflanzen

Trotz einer breiten Ablehnung der spanischen Bevölkerung von GVO in den Lebensmitteln ist der gesellschaftliche Widerstand dort viel kleiner als im Nachbarland Frankreich, wo jedes Jahr große Flächen von gentechnisch verändertem Mais und Versuchsfelder zerstört werden. Die in Spanien laufenden Kampagnen werden in ihrer Mehrzahl von Gewerkschaften der Bauern oder Umweltorganisationen getragen. Von besonderer Bedeutung sind die Gründungen gentechnikfreier Regionen. Mittlerweile umfasst deren Liste in Spanien das Baskenland, Asturien, die Balearen, die Kanarischen Inseln sowie 60 einzelne Gemeinden. Nach Berechnungen der spanischen Sektion der Umweltorganisation Friends of the Earth leben in diesen Teilen des Landes insgesamt neun der insgesamt etwa 46 Millionen Einwohner. Seit Anfang des Jahres sammelt der katalanische Zusammenschluss „Som lo que sembrem” („Wir sind das, was wir säen”) Unterschriften für eine Gesetzesinitiative, die im Herbst im katalanischen Parlament diskutiert werden soll. Mindestens 50.000 Unterschriften müssen es sein, lautet die rechtliche Vorgabe. Doch Mitte Juli hatte die Organisation bereits 62.000 beisammen. Der Gesetzesvorschlag der NGO beinhaltet die folgenden vier Kernpunkte: Katalonien soll gentechnikfrei und der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab sofort verboten werden. Ein Moratorium soll allen gentechnischen Versuche auf katalonischen Territorium Einhalt gebieten. Lebensmittelhersteller sollen in Zukunft alle Lebensmittel kennzeichnen, sowohl die, die GVO enthalten als auch die, bei denen dies nicht der Fall ist. Zwar scheint es eher unwahrscheinlich, dass ein derartiges Gesetz in der zweitgrößten Anbauregion von gentechnisch verändertem Mais im Land eine Mehrheit unter den Parteien findet, doch die Gentechnikgegner sehen allein schon in der politischen und gesellschaftlichen Debatte zu diesem Thema einen Erfolg. In kleinerem Stil gab es auch in Spanien in der Vergangenheit weiter gehenden Protest in Form von Feldbefreiungen. Getragen wurden sie in erster Linie von der Agrargewerkschaft Assemblea Pagesa (Bauernversammlung) und der Dachorganisation Trangénicos Fora (GVO raus), aber auch von der internationalen Kleinbauernorganisation Vía Campesina. So kamen im September 2003 etwa fünfzig Personen dem Aufruf von Vía Campesina nach, in einer öffentlichen Aktion im katalanischen Dorf Alcoletge ein Versuchsfeld der Firma Syngenta mit gentechnisch verändertem Mais der Sorte Bt 176 zu „befreien“ und Proben zu entnehmen.[1] Die Wahl fiel bei dieser wie anderen Aktionen dieser Art stets auf ein Feld mit Versuchsanbau. So sollte verhindert werden, dass ein Keil zwischen konventionell, biologisch und mit gentechnisch veränderten Sorten arbeitende Maisbauern getrieben wird.

Kriminalisierung des Protestes

Bei dem Versuch, sich anschließend Zutritt zur Regierungsvertretung in der katalanischen Provinzhauptstadt Lleida zu verschaffen, soll einer der Bauern, Josep Pamiès, einen diensthabenden Polizisten verletzt haben. Mit dieser Begründung wurde er zu 22.000 Euro Schmerzensgeld verurteilt. Die Anklage hatte sogar 50.000 Euro und vier Jahre Freiheitsentzug für den katalanischen Bauern und Gewerkschafter gefordert. Pamiès indes bestreitet den Vorwurf. Der Prozess wird von den Gentechnikgegnern als Politikum behandelt. Er zeigt, wie sie auch in Spanien - unter welchem Vorwand auch immer - kriminalisiert werden. Zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen solidarisierten sich mit dem Bauern und sammelten Spenden für die geforderte Summe zusammen. Eine Revision des Prozesses steht bislang noch aus. Unverfänglichere Aktionen führt die Umweltgruppe Ecologistas en Acción (Ökos in Aktion) durch: So besuchten Aktivisten dieser Organisation letztes Jahr mehrere spanische Supermärkte, packten in ihre Einkaufswagen all das, was ihnen verdächtig schien, GVO zu enthalten, und blockierten damit die Kassen. Währenddessen verteilten andere Mitglieder Flugblätter zu dem Hintergrund des Happenings. Mittels dieser verschiedenen Aktionen wächst auch in Spanien der Druck auf die Regierung. Doch der Weg, diese zum Umlenken zu bringen, ist noch steinig und weit und sein Ausgang ungewiss.

- [1]Die gentechnisch veränderte Maissorte Bt176 ist vom europäischen Markt genommen worden, nachdem Syngenta der Europäischen Kommission signalisiert hatte, dass die Sorte nicht mehr verkauft

werden soll.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 189 vom September 2008
Seite 27 - 29